

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Druckerei: Fiedler & Co. Dresden, Bernauer-Str. 25/26, Tel. 25 241, Fax 20 011.

Lebeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:
Martenstraße 38/42
Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugsgebühr: 1,20 M. pro Quartal, 3,60 M. pro Halbjahr, 7,20 M. pro Jahr. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet; die Spaltenbreite 10 A., die Höhe 10 A., die 10 mm breiten Zeilen 10 A., die 20 mm breiten Zeilen 20 A., die 30 mm breiten Zeilen 30 A., die 40 mm breiten Zeilen 40 A., die 50 mm breiten Zeilen 50 A., die 60 mm breiten Zeilen 60 A., die 70 mm breiten Zeilen 70 A., die 80 mm breiten Zeilen 80 A., die 90 mm breiten Zeilen 90 A., die 100 mm breiten Zeilen 100 A., die 110 mm breiten Zeilen 110 A., die 120 mm breiten Zeilen 120 A., die 130 mm breiten Zeilen 130 A., die 140 mm breiten Zeilen 140 A., die 150 mm breiten Zeilen 150 A., die 160 mm breiten Zeilen 160 A., die 170 mm breiten Zeilen 170 A., die 180 mm breiten Zeilen 180 A., die 190 mm breiten Zeilen 190 A., die 200 mm breiten Zeilen 200 A., die 210 mm breiten Zeilen 210 A., die 220 mm breiten Zeilen 220 A., die 230 mm breiten Zeilen 230 A., die 240 mm breiten Zeilen 240 A., die 250 mm breiten Zeilen 250 A., die 260 mm breiten Zeilen 260 A., die 270 mm breiten Zeilen 270 A., die 280 mm breiten Zeilen 280 A., die 290 mm breiten Zeilen 290 A., die 300 mm breiten Zeilen 300 A., die 310 mm breiten Zeilen 310 A., die 320 mm breiten Zeilen 320 A., die 330 mm breiten Zeilen 330 A., die 340 mm breiten Zeilen 340 A., die 350 mm breiten Zeilen 350 A., die 360 mm breiten Zeilen 360 A., die 370 mm breiten Zeilen 370 A., die 380 mm breiten Zeilen 380 A., die 390 mm breiten Zeilen 390 A., die 400 mm breiten Zeilen 400 A., die 410 mm breiten Zeilen 410 A., die 420 mm breiten Zeilen 420 A., die 430 mm breiten Zeilen 430 A., die 440 mm breiten Zeilen 440 A., die 450 mm breiten Zeilen 450 A., die 460 mm breiten Zeilen 460 A., die 470 mm breiten Zeilen 470 A., die 480 mm breiten Zeilen 480 A., die 490 mm breiten Zeilen 490 A., die 500 mm breiten Zeilen 500 A., die 510 mm breiten Zeilen 510 A., die 520 mm breiten Zeilen 520 A., die 530 mm breiten Zeilen 530 A., die 540 mm breiten Zeilen 540 A., die 550 mm breiten Zeilen 550 A., die 560 mm breiten Zeilen 560 A., die 570 mm breiten Zeilen 570 A., die 580 mm breiten Zeilen 580 A., die 590 mm breiten Zeilen 590 A., die 600 mm breiten Zeilen 600 A., die 610 mm breiten Zeilen 610 A., die 620 mm breiten Zeilen 620 A., die 630 mm breiten Zeilen 630 A., die 640 mm breiten Zeilen 640 A., die 650 mm breiten Zeilen 650 A., die 660 mm breiten Zeilen 660 A., die 670 mm breiten Zeilen 670 A., die 680 mm breiten Zeilen 680 A., die 690 mm breiten Zeilen 690 A., die 700 mm breiten Zeilen 700 A., die 710 mm breiten Zeilen 710 A., die 720 mm breiten Zeilen 720 A., die 730 mm breiten Zeilen 730 A., die 740 mm breiten Zeilen 740 A., die 750 mm breiten Zeilen 750 A., die 760 mm breiten Zeilen 760 A., die 770 mm breiten Zeilen 770 A., die 780 mm breiten Zeilen 780 A., die 790 mm breiten Zeilen 790 A., die 800 mm breiten Zeilen 800 A., die 810 mm breiten Zeilen 810 A., die 820 mm breiten Zeilen 820 A., die 830 mm breiten Zeilen 830 A., die 840 mm breiten Zeilen 840 A., die 850 mm breiten Zeilen 850 A., die 860 mm breiten Zeilen 860 A., die 870 mm breiten Zeilen 870 A., die 880 mm breiten Zeilen 880 A., die 890 mm breiten Zeilen 890 A., die 900 mm breiten Zeilen 900 A., die 910 mm breiten Zeilen 910 A., die 920 mm breiten Zeilen 920 A., die 930 mm breiten Zeilen 930 A., die 940 mm breiten Zeilen 940 A., die 950 mm breiten Zeilen 950 A., die 960 mm breiten Zeilen 960 A., die 970 mm breiten Zeilen 970 A., die 980 mm breiten Zeilen 980 A., die 990 mm breiten Zeilen 990 A., die 1000 mm breiten Zeilen 1000 A.

Die Reichsregierung gebildet.

Eindringliche Mahnung Hindenburgs an die Parteien. — Kürz Innenminister.

Übung der Fürstenabfindung auf dem Wege des Volkenscheidts? — Hoechs Vorstellungen in Paris über den Befehlshand.

Das Kabinett der Verlegenheiten.

Das Spiel ist aus. Ein entwürdigendes und erschütterndes Spiel demagogischer Parteivirtuosität. Anlangt die Parteien, die Zuträger zu sein, um ihren Willen durchzusetzen, wurde der Kampf der Parteien in dem Augenblicke der Gesamtheit mehr und mehr von tiefgründigem Ernst, eine wirkliche Katastrophe, ein völliger Zusammenbruch des Parlamentarismus. Es hat seinen Zweck mehr, einen Unterschied zwischen dem an sich brauchbaren parlamentarischen System und der Enghirzigkeit der Parteien zu machen, die es nicht unter dem höheren Gesichtspunkt der nationalen Pflicht, anzuwenden verstehen. Der Parlamentarismus kann doch nun einmal ohne Parteien nicht existieren, und wenn diese ihn in seinem Ansehen hartnäckig durch ihr verfehltes und egoistisches Verhalten, Grund und Boden ruinieren, so bleibt er selbst nicht unversehrt, sondern erweist sich im allgemeinen Urteil als ein Schädling. Es ist daher folgerichtig und zielbewusst, daß die Teufelsnationalen den Stier an den Hörnern packen und eine unverzagte Eindringlichkeit der übermächtigen Verlegenheiten des Reichstages in Verbindung mit einer Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten herbeiführen wollen. Unter dem Druck des Bestimmenden und Unerlöschlichen Bewußtseins, daß es so mit dem Parlamentarismus nicht weitergeht, haben heute alle, auch die Linksparteien, die das Unheil angerichtet haben. Unter diesem Drucke standen, besonders die Fraktionsführer der für die Regierungsbildung verantwortlichen Parteien, nachdem Hindenburg in seinem von tiefem Verantwortungsbewußtsein getragenen, ernsten und eindringlichen Appell für eine klare und letzte Entscheidung gestiftet hatte.

Es ist für die auf den Parlamentarismus eingeworbenen Parteien gewiß keine erfreuliche Tatsache, daß gerade Hindenburg, den man einst aus Rücksicht auf den Parlamentarismus besampfen zu müssen glaubte, durch seine endgültige Frage an die Parteien, die die Verantwortung für eine Ablehnung mit größtmöglicher Klarheit festlegte, das parlamentarische System vor einer letzten großen Währungsmaßnahme bewahrt hat. Gerecht hat er es nicht, wollte es auch zweifellos nicht. Denn nach den bitteren Erfahrungen, die das deutsche Volk in diesen sieben Krisenwochen gemacht hat, kann und darf die Frage einer Entlassung nicht wieder verurteilt werden. Hindenburg hat das unfehlbare Verdienst, in dieser endlosen Krise alle, aber auch alle parlamentarischen Möglichkeiten in einer Weise erschöpft zu haben, die mehrfach Anlass zur Kritik bot. Heute muß man dem Reichspräsidenten dankbar sein, daß er sich die Parteien auf alle Um- und Anwesenheiten ließ. Und wenn jetzt schließlich auch die demokratische Partei, allerdings mit geringerer Mehrheit, vor der Verantwortung, die Hindenburg ihr auferlegt hat, zurückgeblieben ist, so ist damit wohl der letzte peinliche Ausdruck des völligen Scheiterns des Parlamentarismus gegeben worden. Gerade das Zurückbleiben der Parteien vor der letzten Konsequenz ihres bisherigen Treibens hat aber den Beweis dafür erbracht, wie viel eher sie sich von einem festen, ihnen gegenüberstehenden Willen, anstatt von der Verantwortung gegenüber der Gesamtheit leiten lassen, und wie wenig gerade sie den Anspruch darauf erheben können, die Vertreter der höchsten Volksherrschaft zu sein.

Die den Parlamentarismus vertretenden Parteien werden um so weniger stolz auf diesen überflüssigen Abschluß der Regierungskrise sein, als das Kabinett noch nicht einmal in den hinter ihm stehenden Minderheitsparteien auf einhellige Billigung stößt. Die Deutsche und die Bayerische Volkspartei, besonders die letztere, leben nur mit tiefer Zustimmung das Innenministerium in den Händen eines Demokraten, und die große Minderheit der Demokraten, die sich aus Verärgerung über die Ablehnung ihres Hauptprogramms nicht einmal zu der Entscheidung der Fraktion bekennen wollte, zeigt, wie wenig man in den Regierungsparteien selbst von dem neuen Kabinett befriedigt ist. Ob dieses aber in sich selbst die notwendige Festigkeit besitzt, um der ernsten Wirtschaftskrise, unter der das deutsche Volk zusammenzubrechen droht, Herr zu werden, wird sich zeigen müssen. Niemand wird diesem Kabinett Vorwürfe machen, wenn niemand und am allerwenigsten die nationalen Einzelheiten Kreise des deutschen Volkes vorerhand die nationalen Angelegenheiten in dieser Regierung als geschäftlich annehmen können. Es ist ein Kabinett bedenklicher Art, das man schwerlich als „neutrales“ Kabinett der Mitte ansprechen kann, zwar der anspruchsvolle Reichspräsident, der an sich schon ein wahrhaft links orientiertes Programm vertritt, steht nicht mehr auf der rechten Seite, sondern hat sich nach links neigend als Außenminister gebildet. Er ist ein sehr bedenklicher Kandidat für den nach Pocarino zum Reichspräsidenten ernannten Minister Dr. Bruns, und da er der Parteivertreter ist, dürfte sein Einfluß auf den an sich schon schwankenden

Reichsminister und Fraktionskollegen Brauns kaum nach der Richtung einschlagen, die allein im Interesse der deutschen Wirtschaft liegt.

Die beiden als Parteivertreter im Kabinett stehenden Demokraten Dr. Kürz als Innenminister und Dr. Reinhold als Finanzminister — Gehler kann schon längst nicht mehr als Parteiminister, sondern muß als bewährter Fachminister gewertet werden — können zwar keinesfalls als Parteipolitiker mit der gleichen Vorkriegszeit gelten wie etwa Koch und Marx. Gleichwohl werden sie in ihrer parteipolitischen Einstellung erst noch zu beurteilen haben, ob und inwieweit sie willens sind, sich im Kabinett trotz des Druckes ihrer Fraktion von dem in der demokratischen Partei vorherrschenden Anbiederungsstreben nach links völlig freizukalten. Beide sind in Sachen wohl bekannt. Dr. Reinhold hat sich als ein zielbewusster Finanzminister von anerkanntem Werte erwiesen. Und wenn er in seiner starken Neigung zum Sozialismus in Sachen auch recht gefährliche Wege einschlagen hat, so wird man nicht verfehlen dürfen, daß ihm im Reiche nicht in dem Maße Möglichkeiten zur Betätigung dieser Neigung zur Verfügung stehen, wie in einer Landesregierung. Man wird sogar mit Interesse seiner Regelung des Finanzausgleichs entgegenzusehen dürfen, bei dem er bisher der Vorkämpfer der Landesinteressen gegen das Reichswesen ist. Amalgamieren bedeutet auch — wenn man von der starken Neigung der an zahllosen Minderheiten Stärke der Demokraten stehenden demokratischen Beteiligung am Kabinett absieht — der Ausstoß Koch gegen Kürz im

Sinne einer Arbeitsfähigkeit der Regierung eine wesentliche Entlastung. Dr. Kürz' bisherige politische Tätigkeit hat sich in anerkannter Weise von der Vorkriegszeit her frei gehalten, der seine Partei so ganz und gar verfallen ist. Leider haben sich aber auch bei Dr. Kürz in letzter Zeit in demokratischen Versammlungen Anzeichen bemerkbar gemacht, die die bisher an ihm geübte Sachlichkeit vermischen ließen, und die es fraglich machen, ob er gegenüber den Aspirationen und dem zweifellos nicht ausbleibenden Druck seiner Partei in seinem Amt die Objektivität wahren lassen wird, die man gerade vom Innenminister erwarten muß.

Auf jeden Fall bleibt es eine harte Belastung für das Kabinett, daß die Demokraten durch die Befragung gerade der wichtigsten Voten einen so unbedeutend starken Einfluß in der Regierung gewonnen haben. Die Bedenken werden dadurch erheblich geschwächt, daß zu gleicher Zeit nach dem Rücktritt des Ernährungsministers Grafen Kainz und nach der anstehenden aufrechterhaltenen Ablehnung des volksparteilichen Landtagspräsidenten Hepp die Reichselemente eine sehr harte Schwächung erfahren haben, die man auf keinen Fall übersehen darf. Das ist um so bedauerlicher, als eine erhebliche Arbeit der neuen Regierung nur erwartet werden kann, wenn man die Mehrheit für die praktische Arbeit reif macht. Den Weg nach rechts aber hat man mit Hindernissen belastet, deren Beseitigung, wenn überhaupt, nur durch eine wirklich sachliche Arbeit gelingen kann. Die Taten des neuen Kabinetts werden darum über seine Lebensfähigkeit entscheiden.

Ein Appell Hindenburgs an die Parteien.

Dr. Luther legt den Parteien eine revidierte Kabinettsliste vor. Berlin, 19. Jan. Am 11. wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident empfing heute nachmittags um 6 Uhr die Vertreter der vier für die Koalition in Frage kommenden Parteien. Für die Deutsche Volkspartei erschien Reichsminister a. D. Dr. Scholz, für das Zentrum Reichsminister a. D. Dr. Marx, für die Bayerische Volkspartei Abg. Dr. Lecht, für die Demokraten die Abgeordneten Dr. Koch, Dr. Haas und Dr. Eckerle. Der Reichspräsident machte den erschienenen Herren folgende

Erklärung:

„Ich habe Sie zu mir gebeten, meine Herren, um vor Ihnen auszusprechen, daß meines Dafürhaltens nunmehr eine Regierung insandkommen muß. Nachdem durch das Abschließen der Teufelsnationalen Volkspartei der bisherigen Reichsregierung die Grundlage entzogen worden war, nachdem trotz der hingebungsvollen und so dankenswerten Bemühungen des Herrn Dr. Koch die andere Möglichkeit einer Reichsregierung, nämlich die sogenannte Große Koalition, sich ebenfalls nicht hat verwirklichen lassen, blieb als zwar weniger tragfähige, aber immer noch durchaus gangbare Lösung die Regierung der Mitte übrig. Sollte auch dieser Versuch scheitern, so wird damit das deutsche Vaterland vor eine Lage von großem Ernst gestellt, da jedem Gedanken einer anderen Regierungsbildung schwerste Bedenken entgegenstehen. Ich habe es deshalb ausdrücklich bekräftigt, daß die von Ihnen, meine Herren, geführten vier Parteien sich grundsätzlich bereit erklärt haben, eine Koalition der Mitte einzugehen. Herr Reichsminister Dr. Luther hat mich fortlaufend darüber unterrichtet, welche großen Schwierigkeiten durch die einzelnen Parteien bisher haben überwunden werden müssen, um einer praktischen Lösung näherzukommen. Es ist ihm leider nicht gelungen, diese Schwierigkeiten ganz auszuräumen. Auf der anderen Seite erträgt aber die Lage des Landes eine längere Verzögerung nicht mehr. Was nach einem völligen Scheitern der Verhandlungen dieser letzten Woche, eine parlamentarische Regierung der Mitte insandzubringen, sofern würde, ist nicht zu übersehen.“

Unter diesen Umständen habe ich mich für verpflichtet gehalten, den Herrn Reichsminister Dr. Luther zu bitten, nunmehr auf Grund seiner bisherigen Bemühungen den Parteien einen Plan zur endgültigen Beschlußfassung über die Besetzung der Ministerien vorzulegen.

Ich bin von vornherein überzeugt, daß der Herr Reichsminister damit nicht alle an sich berechtigten Wünsche der Parteien erfüllen kann. Es ist mir aber klar, daß es einen anderen Weg, baldigst aus der Krise herauszukommen, nicht gibt. In Ausübung meiner verantwortungsvollen Verantwortung muß ich es bekräftigen, daß der Herr Reichsminister Sie nunmehr ersuchen will, ihm noch heute abend Ihre endgültige Stellungnahme zu diesen Vorschlägen mitzuteilen. Ich bitte die hier vertretenden Parteien, ihre rechtlichen Bedenken hinter die großen vaterländischen Gesichtspunkte zurückzustellen und jedes Opfer zu bringen, damit endlich das betrieblende Schicksal der unangesehenen Regierung beseitigt und die Möglichkeit fruchtbarer Arbeit, die ich mehr denn je ersehentlich ist, wieder geschaffen wird.“

Im Anschluß hieran dankte der Reichspräsident dem Abgeordneten Dr. Koch nochmals persönlich für seine wertvolle und selbstlose Mitarbeit bei den bisherigen Versuchen zur

Schaffung einer Regierung. Hierauf begaben sich die Vertreter der vier Parteien in die Reichskanzlei, um den

Vorschlag des Reichskanzlers

zur endgültigen Beschlußfassung über die Besetzung der Ministerien entgegenzunehmen. Die Ministerliste, die Reichskanzler Dr. Luther den Parteiführern vorgelegt hat, weist folgende Besetzung auf:

- Reichskanzler: Dr. Luther;
- Außenminister: Dr. Stresemann (D. Sp.);
- Innerminister: Dr. Kürz (Dem.);
- Finanzminister: Dr. Reinhold (Dem.);
- Wirtschaftsminister: Dr. Curtius (D. Sp.);
- Arbeitminister: Dr. Brauns (Zentr.);
- Justizminister: Marx (Zentr.);
- Reichswehrminister: Gehler (Dem.);
- Volkminister: Klingl (D. Sp.);
- Verkehrminister: Krone (D. Sp.).

Das Ernährungsministerium ist zurzeit noch nicht besetzt. Es wird wahrscheinlich einen Minister erhalten, der dem Zentrum nahesteht. Wenn eine Besetzung jetzt noch nicht erzielt werden sollte, so würde der Reichskanzler selbst das Ministerium zunächst verwalten. Das Ministerium für die besetzten Gebiete bleibt zunächst unbesetzt, wird aber provisorisch von Marx verwaltet werden.

Zustimmung der Fraktionen.

Die Fraktionen der Mittelparteien versammelten sich nach der Rückkehr ihrer Parteiführer sofort zu Fraktionsversammlungen. Zentrum, Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei stimmten nach kurzer Beratung der vom Reichskanzler vorgelegenen Liste des Kabinetts zu. Danach zog sich die Sitzung der Demokraten beträchtlich in die Länge. Zunächst wiederholte der Fraktionsvorsitzende Koch seine Bitte, ohne Rücksicht auf seine Person die Entscheidung nach rein sachlichen Gesichtspunkten zu treffen. Er erklärte, daß er bei der durch fremdes Verschulden auf die Fraktion und ihre Führer angelegten Last nicht dem zu bildenden Kabinett anzugehören wünscht, und empfahl, keinen Widerspruch gegen die vorgelegene Liste zu erheben, um in der schweren Bedrängnis des Vaterlandes eine parlamentarische Regierung zu ermöglichen. Es wurde nach langer Debatte mit ganz kleiner Mehrheit folgende Entschließung gefaßt:

„Die Fraktion hält die von ihr geltend gemachten schweren Bedenken gegen die Art der Kabinettsbildung aufrecht. Sie erblickt insbesondere in der Berücksichtigung des neuen alle parlamentarischen Gesichtspunkte erheben, aus parteipolitischen Gründen hervorgegangenen Eintrages der Bayerischen Volkspartei gegen die Ernennung ihres Fraktionsvorsitzenden zum Innenminister eine schwere Belastung der Reichspolitik. Sie hätte erwartet, daß der mit der Kabinettsbildung beauftragte und die beteiligten Parteien diesen Einspruch nachdrücklich zurückgewiesen hätten. Nachdem aber der Fraktionsvorsitzende erklärt hat, dem neuen Kabinett nicht anzugehören zu wollen, und seinerseits den Eintritt in die Koalition empfohlen hat, und nachdem durch die Berufung des Herrn Dr. Kürz an seiner Stelle die Teilnahme eines Fraktionsmitgliedes gesichert ist, das den politischen Standpunkt des Fraktionsvorsitzenden in vollem Umfange teilt, stimmt die Fraktion der Bildung des vorgelegenen Kabinetts zu, damit im Interesse des Staates, der Wirtschaft und der Volkswohlfahrt ein parlamentarisches Kabinett sofort insandkommen kann.“

Weiterhin hat die demokratische Reichstagsfraktion durch das Schwere ihres Entschlusses in der Frage der